

Erweiterung des GVZ Koblenz – der Preis für grenzenloses Wachstum

redaktion

7. März 2016

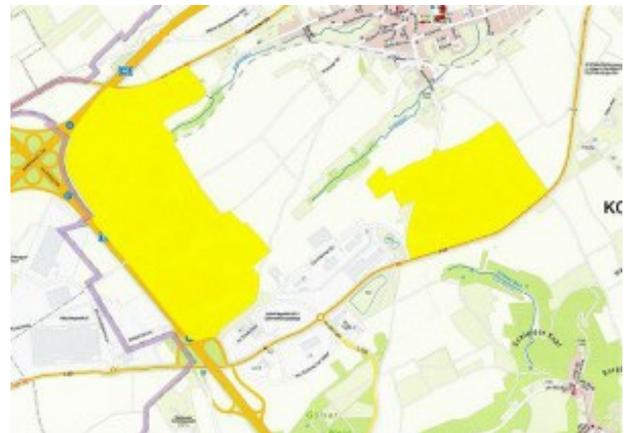
Von Ortsbeiratsmitglied Reinhard Alsbach Bündnis90/Die Grünen

Seit der Öffentlichen Ortsbeiratssitzung am 26.01.2016 ist gehörige Unruhe in Koblenz Rübenach unter der besorgten Bevölkerung des Stadtteils zu verspüren. Zu Recht, wie ich meine. Ich beschäftige mich mit der Thematik und Problematik rund um die Entstehung des Güterverkehrszentrum an der A 61 seit nunmehr über 26 Jahren. Der Weg der Wirtschaft, der erst zur Erfindung des GVZ durch die Politik führte, wurde die ganzen Jahre kritisch, jedoch auch stets kooperativ, von den Rübenacher Bürgern begleitet. Der Bürgerwille wurde in der damaligen BI nach außen getragen und diese Kräfte sind heute in einer weiteren Bürgerinitiative gebündelt.

Nun haben wir 2016 und die Verwaltung der Stadt Koblenz initiiert mit Hilfe der Wirtschaft ein enormes Expansionsvorhaben des bisherigen GVZ-Geländes. Dies alles beginnt mit der Verabschiedung von Zustimmungen in den Fachausschüssen (einzig die Grünen haben die Zustimmung verweigert), der Ablehnung im Ortsbeirat, am 16.02.2016 und dem Absetzen des TOP in der Ratssitzung am 18.02.2016. Die Rübenacher Stadtratsmitglieder haben sich redlich bemüht und bemühen sich weiterhin das Schlimmste zu verhindern (siehe die [Anfrage an die Verwaltung](#), gestellt von Frau Lipinski-Naumann und die [gemeinsame Initiative](#) von Frau Lipinski-Naumann und Herrn Biebricher zu einer gemeinsamen Sprache in dieser Sache).

In der Ortsbeiratssitzung war anfangs von einer Überprüfungsfläche von 133 ha die Rede. In der Sitzung wurden dann die Überprüfungsflächen auf ca. 190 ha hochgeschraubt, die zu bebauende Fläche wurde schon während der Sitzung mit ca. 64 ha angegeben. Was heute als Missverständnis dargestellt wird, scheint bloßes taktisches Spiel zu sein. Die Bürger sollen beruhigt werden und es wird suggeriert, man gehe auf den Bürgerwillen ein.

Die Interpretationsspielräume, die die Darstellungen von Seiten der Stadt Koblenz, auch bei Antworten auf Fragen der Bürger und von Mitgliedern des Ortsbeirates, sind groß. Man könnte tatsächlich den Eindruck haben, das sei bewusstes Taktieren und Verschleiern der tatsächlichen Absichten (siehe hierzu die Berichte in „www.unser-ruebenach.de“ und in „[Blick-aktuell](#)“, Ausgabe 08-2016).



Ganz klar ist, dass das jetzige GVZ auf den Ackerflächen des Stadtteils Rübenach eine enorme flächenmässige Erweiterung erfahren soll. Es sind aber noch viele Hektar Ackerland in den einzelnen schon bestehenden Bebauungsplänen 257 ff. unbebaut. Diese werden wohl als Vorratsflächen für einzelne Firmen am Standort vorgehalten, sind schon seit Jahren unbebaut und sollen es auch bleiben? Dies betrifft Flächen noch innerhalb des BbPl.257a und b – d). Statt diese BpP 257 ff. mit Baurecht zu versehen, wird munter neu drauf los geplant und weitere 190 ha Ackerland sollen stillschweigend als solche vernichtet werden. Blick aktuell berichtete dazu ganz offen, dass die Grundstückspreise im betroffenen Gebiet eingefroren werden sollen (vgl. Blick aktuell, 08-2016). Somit können die Eigentümer nicht mehr frei über ihre Flächen verfügen, ein Verkauf wäre nur noch mit Zustimmung der Stadt bzw. zu deren Konditionen möglich. Planungssicherheit für die ansiedelnden Unternehmen wird damit erkaufte, dass die Stadt den Preis für Flächen diktiert und sich für Jahrzehnte ein Vorkaufsrecht vorbehält.

Böse Zungen sprechen diesbezüglich offen von kalter Enteignung.

Spielt die Existenz der Landwirte vor Ort denn gar keine Rolle in den Betrachtungen der Verwaltung? Schließlich geht es auch hier um Arbeitsplätze. Nun, vielleicht spielen sie eine Rolle, aber in eher zynischer Weise. Denn, je weniger Anbauflächen die Landwirte haben, umso schneller sind sie in ihrer Existenz bedroht und müssen ihren Betrieb eventuell sogar ganz schließen. Hier werden Existenzen vernichtet! Allerdings – dann stünden für die verbleibenden Bauern zumindest wieder Flächen zum Tausch zur Verfügung, die es sonst hier weit und breit zum Ausgleich der verlorenen Flächen für die Landwirte nicht mehr gibt.

Ackerboden ist nicht vermehrbar – einmal überbaut ist er für immer verloren. Bitte, liebe Leser, machen Sie sich das einmal bewusst! Es werden hier hochwertigste Mütterböden mit einer Humustiefe von 200 bis 400 cm als Anbauflächen für immer vernichtet! Ist das gewollt?

Wie sieht es aus mit dem Arten- und Naturschutz? Es wurden bisher schon Lebensräume unwiederbringlich vernichtet und das soll so weitergehen. Die Fläche des GVZ liegt außerdem in einer für ganz Koblenz wichtigen Kaltluftentstehungszone. Werden diese Flächen großflächig bebaut, wird den kühlenden Luftströmen der Weg abgeschnitten. Koblenz wird dann, insbesondere in heißen Sommern, noch stickiger. Hinzu kommen die steigenden Belastungen durch Verkehr und Abgase. Prima Klima für Koblenz?

Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang ist auch die der Dachbegrünung der angesiedelten Betriebe, die in den bestehenden Bebauungsplänen bereits Vorgabe war. Die Betriebe versprachen, die Dachbegrünungen in die Tat umzusetzen, wenn sie denn endlich Baurecht erhalten. Nun, diese Zusagen wurden mehrheitlich nicht eingehalten und von Seiten der Stadt offensichtlich auch nicht weiter verfolgt.

Die Steigerung der Attraktivität als Wirtschaftsstandort und damit die nachhaltige Sicherung von Steuereinnahmen für Koblenz ist ein viel beschworenes Argument für eine Erweiterung des GVZ. Genauer hingeschaut fragt man sich jedoch, für welche Betriebe das überhaupt gilt. Die meisten Gewerbesteuererinnahmen der Gewerbe- und Industrieunternehmen im bestehenden GVZ werden hier zwar erwirtschaftet, gehen am Koblenzer Stadtsäckel jedoch völlig vorbei und zu den Standorten der Zentralen der jeweiligen Unternehmen.

Wie sieht es mit dem Argument der Verwaltung aus, dass die Nähe zu den bereits vorhandenen Industrie- und Gewerbeflächen ein großer Vorteil sei? Nun, würden die bereits erforschten und vor der Planungsreife gestoppten Bebauungspläne reaktiviert, würden genügend bebaubare Flächen ohne Zeitnot zur Verfügung stehen, siehe Bebauungspläne 257 D, E, F. Es müssten keine neuen Flächen dafür geopfert werden.

Eine weitere Frage ist die nach verkehrlichen Entlastungsmassnahmen – und auch dafür werden Flächen gebraucht! Durch ein neues, erweitertes GVZ wird der Bedarf an Verkehrsentslastung noch sehr viel drängender als er schon ist – und er ist bislang schon komplett ungelöst!! Seit ca. 1990 ist der Ort Rübenach Flächengeber für das GVZ an der A 61 und es wurden seitens der Verwaltung verkehrliche Entlastungsmassnahmen versprochen, geplant, diskutiert und wieder in Frage gestellt – und nicht verwirklicht! Bis heute wurde an der Verkehrssituation der Anderbachstrasse nichts verändert. Man bedenke, dass diese Strasse in ihrer Funktionalität zurückgebaut werden sollte zu einem Wirtschaftsweg bzw. Weg für die Anwohner.

Die Verkehrsbelastung in Rübenach ist unbeschreiblich! Das kann jeder Bürger und jede Bürgerin, die z.B. in der Anderbachstrasse, in der Kilianstrasse oder an der Aachner Str. wohnt, nur zu lebhaft bezeugen. In diesem Punkt stößt die Bürgerinitiative seit Jahren, und man kann mittlerweile schon sagen seit Jahrzehnten, auf taube Ohren im Rat wie auch in der Verwaltung. Rübenacher Ressourcen nutzt man gerne, auch auf Kosten der Bevölkerung. Leider vergisst man dabei völlig, dass es auch eines Ausgleichs dafür bedarf und man nimmt ohne der Bevölkerung auch nur ansatzweise etwas zurück zu geben.

Dass es weiterhin keine Verkehrsberuhigung gibt, ist überdeutlich. Der Verkehr nimmt in den Stadtteilen Rübenach, Bubenheim und auch Metternich in einem Umfang zu, dass die Verwaltung schon lange nicht mehr mit

„Entlastungen“ hinterher kommt. Der begonnene Bau der Nordtangente scheint im Stillstand zu verharren. Das kann doch nicht am kalten Winter 2015-16 liegen?!

Egal wo wir in unserer Landschaft hinschauen, die Infrastruktur für die Industrie wird schnell geschaffen, die Bevölkerung wird mit Zusagen beruhigt. Jahre später suchen wir die Infrastrukturverbesserung und die Entlastung für die Bevölkerung weiterhin vergeblich. Das scheint so opportun. Im Stadtrat scheint die Maxime Einzug gehalten zu haben, dass man sich nur noch für die Dinge vor der eigenen Haustür interessiert. Wer fragt sich denn, was eine Expansion des GVZ für die Rübenacher bedeutet, solange Rübenach für das betreffende Ratsmitglied nur weit genug weg ist?

Versprochen wird uns, dass mit der Erweiterung des GVZ nun endlich die seit Jahrzehnten „besprochene“ Ortsumgehung umgesetzt würde. Das ist in höchstem Maße zynisch. Was man seit Jahren versprochen und dann doch versäumt hat, will man jetzt erneut als Versprechen positiv in die Waagschale werfen. Da erübrigt sich ein weiterer Kommentar, denke ich.

Die Ansiedlung „auswärtiger Produktionsfirmen“ wird uns ebenfalls als Vorzug der Erweiterung des GVZ verkauft, zum Beispiel durch die laut gedachte Ansiedlung von Griesson-de Beukelar mit einem Backhaus auf unserer grünen Wiese. Der Standort der Firma ist aber Polch. Somit fließen die erwirtschafteten Steuereinnahmen wohin? Wir würden es den Polchern ja gönnen, möchten dies allerdings dennoch nicht mit dem Verlust unserer Acker- und Erholungsflächen bezahlen.

Schauen wir zum Argument der sog. nachhaltigen Sicherung von Arbeitsplatzangeboten. Stellt sich die Frage, ob die Zahl der Pendler, die täglich in ihren Autos nach Koblenz zur Arbeit fahren, nicht längst mehr als ausreichend ist. Weitsicht in einer vernünftigen Planung könnte auch heißen, die Firmen, die Arbeit und Produktion anbieten, dezentral im Land zu verteilen und Arbeitsplätze dort zu schaffen, wo die Menschen leben. Ein egoistisches Denken in Oberzentren lässt dafür leider wenig Spielraum.

In der Stellungnahme aus dem Büro des Oberbürgermeisters der Stadt zur oben erwähnten Anfrage von Frau Lipinski-Nauman in Sachen Erweiterung des GVZ findet das Wohlbefinden und die Lebensqualität der betroffenen Bürgerinnen und Bürger keinerlei Erwähnung: Fragen nach dem Verlust wertvollen Lebens- und Erholungsraumes für Anwohner, Fragen nach dem Verlust von Kaltluftentstehungsflächen für die Stadt Koblenz und der Vernichtung von hochwertigsten Ackerböden, Fragen nach einer weiteren Zunahme der Luft-, Umwelt- und auch Lichtverschmutzung durch auch nachts taghell erleuchtete industrielle Flächen, Fragen nach den Folgen der weiteren Zunahme des Pendler- und Durchgangsverkehrs und Möglichkeiten der Entlastung des Ortes Rübenach.

Klar, solch kritische Themen werden von den Verantwortlichen nicht gerne aufgegriffen – vielleicht weil man darauf keine Antworten hat oder geben mag. Hier geht es um die Förderung eines wirtschaftlichen Gigantismus untermauert von leeren Wachstumsversprechen. Die Interessen der Menschen, die hier leben, spielen da keinerlei Rolle. Da hilft es auch wenig, den Lesern zu erzählen, dass sich die Besiedelung der 64 ha noch viele Jahre hinziehen kann. Alles gar nicht so schlimm!!!

Apropos – die notwendigen Gutachten, zum Beispiel die Umweltverträglichkeitsprüfung, fielen in der Vergangenheit schon kritisch aus und werden auch dieses Mal kritisch ausfallen. Ausgewertet und „interpretiert“ werden diese Gutachten und Stellungnahmen dann von der Planungsverwaltung und Bauverwaltung der Stadt Koblenz. Aus der Erfahrung der Planung zum ersten GVZ (BbP 257 ff) und der Auswertung damaliger Gutachten haben wir gelernt, dass die Gutachten so gelesen wurden, dass sie am Ende irgendwie zu den Plänen der Stadt und der Unternehmen passten.

Die Lebensqualität für die Bevölkerung spielt offensichtlich im ewigen Ringen um noch mehr Wirtschaftsstandorte überhaupt keine Rolle mehr. Dabei war der ursprüngliche Sinn des Wirtschaftens die Idee, dass die Wirtschaft dem Menschen diene und nicht umgekehrt.

Liebe Leser – kritische Betrachter befürchten, dass auch diese Sache hier letztlich bereits gelaufen ist und sich die Verwaltung höchstens noch von Gerichten beeindrucken lässt! Solange hat sie und nur sie das Heft in der Hand. Dennoch, wir sollten alles tun, was in unserer Macht steht, um die Welt, in der wir leben, für uns und unsere Kinder lebenswert zu erhalten.

Reinhard Alsbach Ortsbeiratsmitglied Rübenach 07.03.2016